

Antrag

AntragstellerIn: Jusos Nordost

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Stoppt die Aushöhlung des Gewaltmonopols!

Wie reagiert man auf klamme Staatshaushalte, gekürzte Mittel und Sparzwänge? Durch die Generierung von Mehreinnahmen? Nein! Gelöst werden solche Probleme einzig mit dem Outsourcing staatlicher Aufgaben an private Träger. An diesem Mantra haben auch Finanz- und Eurokrise nichts geändert. Ganz im Gegenteil, der Trend zur Auslagerung hat sich in ihrem Windschatten noch verstärkt.

Kein Sektor bleibt von ihr verschont, kein Schritt ausgeschlossen, und keine Maßnahme undenkbar. Selbst vor dem staatlichen Gewaltmonopol wird nicht Halt gemacht. Teilprivate Haftanstalten, „outgesourcte“ Tätigkeiten bei Polizei und Militär, Skandale um Firmen wie „Blackwater“, all das gibt es keinesfalls nur mehr im anglo-amerikanischen Raum, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland.

Eine Branche im Aufwind, ein Staat auf dem Rückzug

Hierzulande boomt die private Sicherheitsbranche, auf Landes- wie auf Bundesebene, in Gemeinden wie Städten. Mit einem Jahresumsatz von ungefähr 4,5 Mrd. Euro, mehr als 170.000 Beschäftigten und über 4.000 Unternehmen, stellt sie einen bedeutenden und rasant wachsenden Wirtschaftssektor dar.

Ihre Auftraggeber sind primär staatliche Institutionen, internationale Organisationen, doch auch Wirtschaftsfirmen und NGOs. Nach Meinung der schwarz-gelben Bundesregierung ist auch zukünftig mit einem weiteren Anwachsen der Nachfrage nach den Leistungen und Fähigkeiten privater Sicherheitsdienste zu rechnen.

Die Aufgaben dieser Dienste sind weitreichend: Ihre Angestellten schützen Botschaften, Kernkraftwerke und Bahnhöfe. Sie partizipieren an der Videoüberwachung, kontrollieren Fluggäste und fahnden nach „illegal“ Beschäftigten. Sie bewachen AsylbewerberInnenheime, Abschiebegefängnisse und auch die Bundesagentur für Arbeit, während sie die Handelsschiffe deutscher Reedereien vor Piraterie bewahren. In Berlin schließlich findet man sie u.a. in „Problemkiezen“, wo sie gemeinsam mit der Polizei für „Ruhe und Ordnung“ sorgen.

Offenkundige Risiken und Gefahren

Allerdings ist die Übertragung hoheitlicher Befugnisse auf private Sicherheits-, Militär- und Wachdienste problematisch. Dazu genügen wenige Beispiele:

- Die Angestellten der Dienste sind prekären Beschäftigungsverhältnissen ausgesetzt. Löhne von nur 6,50 € pro Stunde sind der Alltag. Hinzu kommt eine schlechte und kurze Ausbildungszeit. Sie umfasst 40 Unterrichtseinheiten à 45 Minuten.
- Die Angestellten der Dienste sind prekären Beschäftigungsverhältnissen ausgesetzt. Löhne von nur 6,50 € pro Stunde sind der Alltag. Hinzu kommt eine schlechte und kurze Ausbildungszeit. Sie umfasst 40 Unterrichtseinheiten à 45 Minuten.
- Entsprechend sind die Beschäftigten im Einsatz oftmals überfordert. Ihnen fehlt eine ausgewogene, breit-gefächerte Ausbildung. Daraus resultieren Gefahren für die Bevölkerung, aber auch für die angestellten Dienstleister selbst.
- Zudem räumen viele BürgerInnen dem privaten Sicherheitspersonal spontan die gleichen Rechte ein, wie staatlichen Stellen. Sie haben keine Kenntnisse von dessen Autorität und Pflichten.
- Außerdem sind die privaten Sicherheitsfirmen nicht dem Gemeinwohl, sondern ausschließlich der Gewinnmaximierung verpflichtet. Zwangsweise resultieren daraus Interessens- und Kontrollkonflikte.
- Zuletzt: Nimmt man Max Weber zum Ausgangspunkt, dann konstatiert das legitime Gewaltmonopol moderne Staatlichkeit. Fällt es weg (wird es unterminiert) kommt es der staatlichen Selbstaufgabe gleich. Auch wenn staatliche Strukturen aufgrund der Möglichkeit repressiver Maßnahmen nicht grundsätzlich einen emanzipatorischen Charakter in sich tragen, sind sie doch auf den Feldern innerer und äußerer Sicherheit privaten Unternehmungen vorzuziehen.

Was jetzt zu tun wäre

Um die geschilderten Risiken zu überwinden, Gefahren abzuwenden und den immanenten Kern des modernen Staates zu schützen, ist eine schrittweise Revision, zumindest aber Eindämmung und Verregelung der Privatisierung von Sicherheit nötig.

Dazu können *kurz- und mittelfristig* folgende Schritte beitragen:

- Die substantielle Stärkung der Staatsquote im Bereich öffentlicher Sicherheit
- Eine Erhöhung der Standards für die Ausbildung privater Sicherheitsdienstleister, flankiert von einer Einführung des gesetzlichen Mindestlohns
- Öffentliche Kampagnen zur Information der Bürgerinnen und Bürger über die Befugnisse und Pflichten privater Sicherheitsdienstleister

Im Bereich „äußere Sicherheit“ sind folgende Maßnahmen denkbar:

- Die Einführung eines Lizenzierungs- und Kontrollverfahrens für genuin militärische Dienstleistungen von Unternehmen in der Bundesrepublik
- Die Ausrichtung der geplanten Bundeswehrreform darf sich nicht an vermeintlichen Sparzwängen orientieren
- Die Stärkung der Sanktionsmöglichkeiten gegenüber privaten Militärdiensten, klare rechtliche Einsatzbedingungen, sowie ein Verbot der Beteiligung deutscher Dienste an Kampfhandlungen im Ausland

Was langfristig unumgänglich bleibt

Alle bereits genannten Schritte sind notwendig, aber eher auf die Bekämpfung von Symptomen als an der Eliminierung von Ursachen orientiert. Gleichsam sind sie unter gegenwärtigen politischen Umständen erforderlich. *Langfristig* kann es nichtsdestotrotz nur eine Option geben, denn Spar-“Zwänge“ legitimieren nicht jeden Schritt, nicht jede Maßnahme. Alternativen gibt es durchweg, immer und in allen Bereichen der Politik.

Unser *Ziel* muss daher wie folgt lauten:

- Das Gewaltmonopol demokratischer Staaten darf nicht durch Privatisierungen angetastet werden. Alle bereits vollzogenen Übertragungen sicherheitsrelevanter Aufgaben auf private Sicherheitsdienstleister sind sukzessive zurückzunehmen. Der Staat ist hier zu stärken, nicht zum Selbstzweck, sondern zum Wohl von Solidarität, Gesellschaft und Demokratie.